Erscheint Mittwoch. Red.-Schluß: Sonntag.

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark.

Anzeigenpreis: 4 mm-Zeile 0,20 Goldmark, Stellenanzeigen u. Anzeigen die Zeile.

Der Schuhmacher

Verantwortlicher Redakteur: Otto Trefftich, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 408 Verlandh. u. Redakt.: Nürnberg 1, Essenweinstraße 1, 1. Zahlungen: Postscheckkonto 20900 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nummer 40 — Nürnberg, den 1. Oktober 1924 — 38. Jahrgang

Die Folgen des Zinswuchers.

Auf dem Geldmarkte hat sich in der letzten Zeit eine verstärkte Geldflüssigkeit bemerkbar gemacht. Auf Grund dieser Entwicklung hat die Kreditnot merklich nachgelassen, der Zinsfuß fur Leihgeld ist ziemlich herabgedrückt worden. Andere Umstände, z. B. die Londoner Beschlüsse, dürften hoffentlich dazu beitragen, daß sich auf dem Gebiete der Wirtschaft wieder eine Besserung anbahnt.

Es ist aber kaum anzunehmen, daß diese Besserung einen Dauerzustand bedeuten wird. Die furchtbare Katastrophe des Krieges und seiner Folgen hat das kapitalistische Wirtschaftssystem immer erneut in Krisenzustände versetzt. Der Krieg wirkt wirtschaftlich noch jahrelang nach, schwerer, als es je irgend mer geahnt hat. Jedenfalls werden wir noch Jahre hindurch durch schwere Zeiten, durch Zeiten so wechselnder Bilder hindurchgehen, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben, wo Zeiten schwerster Krisen mit kurzer Erholung abgewechselt haben.

Von der Wirtschaftsentwicklung werden aber die Kämpfe, die die Arbeiterklasse zu führen hat, beeinflußt. Es ist daher notwendig, daß wir als Gewerkschaftler die Kräfte kennen, die auf der Gegenseite wirksam sind, um unsere Kampftaktik entsprechend einzustellen. Es ist notwendig, daß wir uns genaue Einblicke in das kapitalistische Wirtschaftsgebiet verschaffen.

Es ist interessant und lehrreich, den Ursachen nachzugehen, die zu der jüngsten Kreditkrise geführt haben. In nachfolgenden Zeilen geben wir einen ausgezeichneten Vortrag wieder, den Dr. Otto Bauer-Wien über diesen Gegenstand auf dem österreichischen Metallarbeiterkongreß gehalten hat, der auch auf die deutschen Verhältnisse zugeschnitten ist. Dr. Bauer führte folgendes aus:

„Die Krise, die wir jetzt haben, ist in ihren Erscheinungsformen zunächst und vor allem eine Kreditkrise. Jeder Betriebsrat kann es vom Unternehmer jeden Tag hören, daß es ihm nicht mehr möglich ist, das Kapital für den Betrieb aufzubringen, und daß er, wenn er es überhaupt in der notwendigen Menge bekommt, ganz ungeheuer hohe Zinsen bezahlt. Die Kreditkrise, die Kapitalskrise, die Zinsfußkrise, sie bilden die Grundlage der ganzen Wirtschaftskrise.

Wie war es vor dem Kriege? Vor dem Kriege hat der Unternehmer zunächst in viel geringerem Maße als heute mit geborgtem Kapital gearbeitet. Er hatte viel mehr eigenes Kapital und nur zu dessen Ergänzung hat er sich Kapital von den Banken ausgeliehen. Heute ist das ganz anders. Das Betriebskapital der Industrie und des Gewerbes ist in der Inflationszeit durch die Geldentwertung geradezu aufgezehrt worden und der Unternehmer arbeitet vorwiegend mit fremdem Kapital. Er ist den Banken in viel höherem Maße verschuldet als vor dem Kriege. Im Frieden hatten die Unternehmer für das Geld, das sie sich von einer Bank ausgeborgt haben, fünf bis sieben Prozent zu bezahlen; heute müssen sie 25, 30 und 40 Prozent bezahlen.

Daß der Unternehmer heute in viel höherem Maße mit fremdem Kapital arbeitet und daß er dafür bedeutend höhere Zinsen bezahlen muß als vor dem Kriege, hat für unser industrielles und wirtschaftliches Leben Wirkungen, die in ihrer ganzen Tragweite von den meisten Menschen heute noch nicht verstanden werden. Jeder Arbeiter hat das deutliche Gefühl dafür, daß der Lohn, den er bekommt, nur ein kleiner Teil des Wertes ist, den er durch seine Arbeit schafft, daß der Rest, der Mehrwert, dem Kapitalisten zufällt. Es fragt sich nur, welchem Kapitalisten. Vor dem Kriege fiel der größte Teil des Mehrwerts, der in der Industrie geschaffen wurde, den industriellen Unternehmern zu, und nur ein kleiner Teil wurde als Zinsen an die Banken abgetreten. Heute ist es genau umgekehrt. Der größte Teil des Mehrwerts bleibt heute nicht dem industriellen Unternehmer, sondern muß als Zinsen an die Bank weitergezahlt werden. Die Industrie muß heute unerhörte Zinsen bezahlen, so daß sich die Verteilung des Mehrwerts vollständig verändert hat. Vor dem Kriege haben die Arbeiter und Unternehmer miteinander um den Anteil an der Arbeit, die die Arbeiter schaffen, gekämpft. Heute nimmt beiden, den Unternehmern und den Arbeitern, zunächst einmal die Bank in der Form dieser hohen Zinsen den größten Teil weg und um den übrigbleibenden Brocken müssen dann Arbeiter und Unternehmer miteinander kämpfen.

Die Lage wird für uns nicht besser, sondern noch schlimmer dadurch, daß diese Kapitalskrise durchaus nicht eine internationale Erscheinung ist. In Amerika ist heute der Zinsfuß sehr niedrig, in den westlichen Ländern, selbst in unserer Nachbarschaft, in der Schweiz und in der Tschechoslowakei, ist er unvergleichlich niedriger als bei uns. Diese Kapitalskrise ist eine Erscheinung, die auf diejenigen Länder beschränkt ist, die die Inflation, die Geldentwertung in schärfster Form mitgemacht haben, also auf Oesterreich, Deutschland, Ungarn, Polen und Sowjetrußland. Das hat zur Folge, daß unsere Industrie unvergleichlich höhere Zinsen an die Banken zu bezahlen hat als die konkurrierenden Industrien des Auslandes. Es wird von den Unternehmern, wenn die Gewerkschaften mit ihnen verhandeln, immer gesagt: die Metallindustrie sei gegenüber dem Ausland nicht mehr konkurrenzfähig, die ausländische Industrie könne ihre Waren billiger verkaufen als die österreichische, deswegen können wir auf dem Weltmarkt nichts ablesen, können die Unternehmungen nicht beschäftigen, deswegen werde die Arbeiterschaft arbeitslos und deswegen können die Unternehmer nicht höhere Löhne bezahlen. Warum aber sind wir nicht konkurrenzfähig? Darum etwa, weil die Löhne bei uns doher sind als anderswo? Jeder weiß, daß in Gold umgerechnet unsere Löhne weit niedriger sind als in den meisten Ländern, mit denen wir nicht konkurrieren können. Oder kommt es daher, weil wir die Unternehmer bauen, daß die Steuern bei uns höher sind als anderswo? Auch das ist nicht wahr. Wenn man die Steuersysteme der verschiedenen Länder miteinander vergleicht, so sieht man, daß der Steuerdruck heute überall stärker ist als früher, aber bei uns keineswegs stärker als anderswo.

Die Hauptursache der geringen Konkurrenzfähigkeit sind die Unterschiede im Zinsfuß. Schon nicht von der amerikanischen Fabrik, die heute Kapital zu uns zu drei Prozent hat, während der österreichische Unternehmer dreißig Prozent zahlt. Aber selbst der tschechoslowakische Unternehmer hat das Geld für seinen Betrieb um ein Drittel, ja um die Hälfte billiger. Das Konkurrenzverhältnis zwischen unserer und der ausländischen Industrie wird durch diesen hohen Zinsfuß völlig verschoben und das ist gerade für eine Industrie wie unsere Metallindustrie, die ja nicht für den kleinen heimischen Markt arbeiten kann, sondern ihre Waren ins Ausland führen muß, eine ganz verhängnisvolle Tatsache. Aber die Wirkungen gehen noch weiter. Der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt wird heute gerade infolge der internationalen Abwärtsbewegung in einem hohen Maße durch die Mittel der Kreditgewährung geführt. Der ausländische Unternehmer bietet seine Waren nicht nur auf dem Weltmarkt, sondern selbst hier in Oesterreich den Kunden gegen eine sechsmonatige Zahlungsfrist an. Der österreichische Unternehmer kann das nicht, weil er selbst dreißig Prozent Zinsen zahlen muß; ein halbjähriger Kredit bedeutet eine Belastung von 15 Prozent. Daher kaufen die Kunden lieber selbst zu höheren Preisen im Ausland als im Inland. Aber die Nachfrage gerade nach den Erzeugnissen der Metallindustrie wird auch auf dem heimischen, auf dem inneren Markte durch den hohen Zinsfuß erschlagen. Brot und Mehl müssen die Leute kaufen, auch wenn der Zinsfuß noch so hoch ist, aber neue Maschinen muß man nicht kaufen, wenn der Zinsfuß hoch ist. Der hohe Zinsfuß hat natürlich die Wirkung, daß kein Kapitalist neue Fabriken baut, daß kein Kapitalist seinen Maschinenapparat erneuert oder vergrößert, wenn er nicht unbedingt muß. Er arbeitet lieber mit den ältesten Maschinen weiter, er unterläßt lieber die technische Erneuerung, so notwendig sie gerade wäre, um uns auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen, weil er sich das Geld nur zu den höchsten Zinsen beschaffen könnte und so hohe Zinsen sich nicht rentieren.

Wenn aber der technische Apparat in der Industrie nicht erneuert wird, so verliert diese Industrie nicht nur allmählich an Konkurrenzfähigkeit für die Zukunft, sondern es fehlt auch der Absatz gerade der heimischen Metall- und Maschinenindustrie, die natürlich nur beschäftigt sein kann, wenn die Unternehmer ihren technischen Apparat vervollkommnen können. Infolgedessen wird gerade die Metallindustrie durch das völlige Ersticken der Investitionstätigkeit getroffen. Ferner: Absatzstockungen und Absatzkrisen hat es auch vor dem Kriege gegeben, aber es ist vor dem Kriege einem Unternehmer nicht eingefallen, wenn er nicht sofort Absatz für seine Waren gehabt hat, gleich die Arbeiter zu entlassen und den Betrieb zu sperren, sondern er hat zunächst auf Vorrat gearbeitet. Dieses Arbeiten auf Vorrat war früher ein wesentliches Mittel, wirtschaftliche Krisen für die Arbeiterschaft zu erleichtern, weil dadurch der Arbeiterschaft selbst in Zeiten stärkerer Absatzstockung doch eine gewisse Beschäftigung geblieben ist. Wer kann aber heute auf Vorrat arbeiten? Wenn man für das Geld 30 Prozent bezahlen muß, hört das Arbeiten auf Vorrat sehr bald auf, denn der Unternehmer muß damit rechnen, daß er das Geld für die Waren, die heute erzeugt werden, vielleicht erst in einem oder in anderthalb Jahren bekommt. Wie lange kann er das aushalten, wenn er selbst für dieses Geld so hohe Zinsen bezahlt? Infolgedessen hat die Kapitalskrise die Wirkung, daß bei den Unternehmern viel weniger Neigung ist als früher, während der Krisenzeit auf Vorrat ohne Bestellung arbeiten zu lassen, und viel mehr die Neigung als früher, sobald sie die Waren nicht glatt ablesen können, Arbeiter zu entlassen, gleich die Betriebe einzuschränken, oder stillzulegen, wodurch die Wirkungen der Krise für die Arbeiterschaft ungeheuer verschärft werden. Sie gehen das gerade an den größten Unternehmungen in Oesterreich.

Warum ist diese Kapitalsnot entstanden?

Man antwortet gewöhnlich darauf, ja, wir seien eben infolge des Krieges verarmt, es sei zu wenig Kapital im Lande und deswegen die Not an Kapital, deswegen der hohe Zinsfuß. Nun ist es natürlich wahr, daß der Krieg die Ursache der Kapitalsnot ist. Aber fragen wir uns einmal: Wie war es denn vor dem Kriege? Es hat doch auch vor dem Kriege kapitalsreiche und kapitalsarme Länder gegeben und trotzdem hat es nirgends in Europa vor dem Kriege solche Erscheinungen akuter Kapitalsnot, solche Erscheinungen eines so hohen, wucherischen Zinsfußes gegeben, wie wir sie heute hier haben. Vor dem Kriege besaß die kapitalistische Wirtschaft einen ganz merkwürdigen, überaus fein funktionierenden Ausgleichsmechanismus, der dafür gesorgt hat, daß das Kapital aus den kapitalsreichen Ländern in die kapitalsärmeren Länder abgeflossen ist, und daß dadurch das Verhältnis zwischen Bedarf und Angebot an Leihkapital überall ausgeglichen wurde. Wenn vor dem Kriege die österreichische Industrie mehr Geld benötigte, als gerade die österreichischen Kapitalisten zur Verfügung stellen konnten, so erhöhte die Oesterreichisch-ungarische Bank den Zinsfuß um 1 Prozent; dies genügte, daß die englischen Kapitalisten ihr Geld aus den Londoner Banken abhoben und der Oesterreichisch-ungarischen Bank gegen diesen, um 1 Prozent höheren Zinsfuß zur Verfügung stellten. So strömte das flüssige Leihkapital über die ganze Welt fortwährend hin und her, und ganz kleine Differenzen des Zinsfußes genügten, um zu bewirken, daß das Kapital von dort, wo es gerade nicht gebraucht wurde, herbin wanderte, wo gerade ein Mangel an Kapital gewesen ist. Dieser Ausgleichsmechanismus, durch den jede Kapitalsnot in einem Lande schon durch kleine Zinsendifferenzen ausgeglichen werden konnte, war vor dem Kriege geradezu eine der Grundlagen, auf der die ganze kapitalistische Wirtschaft beruhte. Und nun ist die entscheidende Tatsache, daß dieser Ausgleichsmechanismus durch den Krieg geradezu zerschlagen worden ist. Heute ist bei uns der Zinsfuß nicht um ein oder zwei, sondern um 20, um 25 Prozent höher als in anderen Ländern, und dennoch kommt fast kein ausländisches Geld ins Land. Wodurch ist dieser Ausgleichsmechanismus zerstört worden? Erinnern Sie sich: eine der ersten Taten zu Anfang des Krieges war, daß man die fremden, die ausländischen Gelder im eigenen Lande konfiszierte und die Zahlung von Schulden an das Ausland verboten hat. Damal: haben über diese Kriegsverfügungen die kapitalistischen Zeitungen jubelt. Damals bekam aber dieser Ausgleichsmechanismus den ersten Schlag; denn seit damals herrscht bei den Kapitalisten ständige Angst davor, Geld ins Ausland zu schicken. Man kann ja nicht wissen, ob es einer ausländischen Regierung nicht wieder einmal einfällt, zu verfügen, daß fremdes Geld nicht zurückgezahlt werden darf, aber fremde Gutbaben zu beschlagnahmen. Aber natürlich sind es nicht diese Kriegsverfügungen allein, die den Ausgleichsmechanismus zerstört haben. Der amerikanische Kapitalist, dem sein Vermögen in einer amerikanischen Bank nur 3 Prozent trägt, wurde es natürlich gern in Oesterreich um 30 Prozent anlegen. Unter einer Voraussetzung: daß er sich im Besitz des Geldes sicher fühlt. Der amerikanische Kapitalist weiß aber von Europa ungefähr soviel, wie wir von Südamerika wissen. Er liest von politischen Konflikten in Europa, wie wir von der Revolution in Brasilien lesen. Was dort eigentlich vorgeht, weiß kein Mensch. Er liest nur eines: Die Franzosen besetzen das Ruhrrevier, Spannung zwischen Jugoslawien und Bulgarien, vielleicht kommt wieder ein neuer Krieg und er denkt sich: in einem Urdteil, wo es so unsicher aussieht, kann man sein Geld nicht hingeben. Darum funktioniert der Ausgleichsmechanismus nicht. Auf der einen Seite liegt die Hälfte alles Goldes, das es überhaupt auf der Welt gibt und das durch Jahrhunderte hindurch Tausende von Goldgräbern, die längst gestorben sind, aus den Bergen gegraben oder Tausende von Goldwäschern, die längst nicht mehr leben, aus den Flüssen gewaschen haben, in amerikanischen Banken, und sie wissen nicht, was sie damit anfangen sollen. Sie ersticken geradezu in ihrem Gelde. Auf der anderen Seite haben wir Staaten wie Oesterreich, Polen, Ungarn, Sowjetrußland, die an Kapitalsmangel zugrunde gehen und der Ausgleich vollzieht sich trotzdem nicht. Dazu kommt noch ein spezifischer Grund, der gerade hier uns in Oesterreich eine Rolle spielt. Es ist ja nicht so, daß gar kein ausländisches Geld hier einen österreichischen Unternehmer zu haben wäre. In ausländischer Währung wäre Geld sogar viel tieferem Zinsfuß zu haben; aber unter einer Bedingung: daß die Verpflichtung zur Rückzahlung nicht auf Kronen lautet, sondern auf Dollar. Der ausländische Kapitalist sagt: Ich borge Geld, aber Zinsen und Kapital sind nicht in Kronen, sondern in Dollar zurückzuzahlen, denn mit Kronenforderungen hat man schon einmal schlechte Erfahrungen gemacht. Der österreichische Unternehmer wieder sagt sich: mit schuldigen Dollars hat man auch schon schlechte Erfahrungen gemacht; wenn etwa einmal die Krone sinken sollte, wie sollte man da in Dollar zurückzahlen? Lieber ein Darlehen zu 30 Prozent in Kronen als zu 10 Prozent in Dollar. Und so kommen die beiden nicht zusammen. Dieser Ausgleichsmechanismus kann eben infolge des mangelnden Vertrauens zur Stabilität der Krone nicht funktionieren. Darum also helfen wir an dieser schrecklichen Kapitalsnot. Mit inneren finanziellen Maßnahmen — wir haben im Parlament und der Vertreter der Arbeiterkammer hat im Generalrat der Nationalbank wiederholt konkrete Vorschläge gemacht — konnte man die Kapitalsnot gewiß einigermaßen lindern. Daß das nicht geschehen ist, ist sicher eine schwere Schuld der Regierung. Aber mit allen Einzelmaßregeln konnte man die Kapitalskrise doch nur lindern, nicht wirklich überwinden. Wirklich überwunden werden kann sie nur in dem Maße, als sich dieser internationale Ausgleichsmechanismus allmählich wiederherstellt. Was sind also die eigentlichen Mittel zur Ueberwindung unserer Kapitalsnot?

Das erste Mittel liegt auf dem Gebiet der großen internationalen Politik. Wenn der amerikanische Kapitalist Europa nicht mehr für ein wildes Land halten wird, wo morgen wieder ein Krieg bevorsteht, sondern mit einiger Sicherheit annehmen kann, daß man sein Geld wieder hinschicken kann, dann braucht man keine Verträge, sein Geld, sein London, sondern dann wird von selbst der Kapitalist dem höheren Zinsfuß nachlaufen und sein Geld nach Europa schicken, und dann wird das Kapital gerade in die kapitalsärmsten Länder, weil sie den höchsten Zinsfuß zahlen, wieder in der Form strömen wie vor dem Kriege. Dann wird dieser Ausgleichsmechanismus wieder existieren. Was Europa braucht, ist also vor allem die Sicherheit, daß es auf absehbare Zeit von einem neuen Krieg verschont bleibt, daß die Wirtschaft nicht durch politische Abenteuer gestört wird. Eine wichtige Etappe für Deutschland dazu sind unzweifelhaft die Verhandlungen, die gerade jetzt in London stattfanden. Dann für uns: Wenn die Leute das Vertrauen haben werden, daß es dasselbe ist, ob man in Kronen oder in Dollars borgt, ob man Kronen oder Dollars schuldet, weil sich das Verhältnis zwischen der Krone und dem Dollar nicht mehr ändern wird, erst dann wird dieser Ausgleichsmechanismus für uns hergestellt sein. Deswegen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Ueberwindung der Kapitalskrise die „Festigung des Vertrauens zur Stabilität des Geldwertes".

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Redner mit den verderblichen Folgen der Schutzzollpolitik, die die Völker wirtschaftlich voneinander abschließt. „Trotz aller Wirkungen der Kreditkrise könnte unsere Industrie voll beschäftigt sein, wenn wir im freien Wettbewerb zwischen uns und den Industriellen der Nachbarländer wären. Diese Ueberschußzollnerei ist zweifellos die zweite Hauptursache der Krise."

Redner kommt zu dem Schlusse: „Trotzdem bin ich überzeugt, daß, wenn diese Politik der unbedingten Stabilität der Währung festgehalten wird, sich der Ausgleichsmechanismus zwar nur allmählich, nur langsam, aber schließlich doch wiederherstellen und damit auch unsere Wirtschaft zwar nur allmählich, aber schließlich doch von Kapitalsnot und Wucherzins befreit werden wird.

Allmählich, schrittweise ist der Wiederherstellung des Ausgleichsmechanismus, wird der Zinsfuß wieder zurückgehen, wird das Geld billiger werden. Allmählich, schrittweise, mit der Ueberwindung des schutzzöllnerischen Wahnsinns, werden wir in der Lage sein, unsere Betriebe vollständiger beschäftigen zu können."

Die wahren Pläne der Unternehmervereinigung.

Als eine Kampfansage gegen die Gewerkschaften war schon die Schrift des Vorsitzenden der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände", des Geheimrats Ernst von Borsig „Industrie und Sozialpolitik" anzusehen. Ihr folgten dann die Schriften über „Die Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber" und „Die Arbeitszeitfrage in Deutschland". Wir haben nicht die Absicht, auf den gesamten Inhalt dieser Schriften hier nochmals einzugehen.

Jedoch einen Punkt möchten wir noch besonders herausreißen, der sich wie ein roter Faden durch alle drei Broschüren zieht. Das ist die Schwärmerei der Unternehmer für die Betriebsvereinbarung, also die unmittelbaren Vereinbarungen der einzelnen Arbeitgeber mit „ihren" Betriebsräten oder „ihrer" Arbeiterschaft unter Ausschaltung der Gewerkschaften.

In der Broschüre „Industrie und Sozialpolitik" heißt es Seite 14: „Wo durch Gesetz einer tarifvertraglichen Regelung der Arbeitsbedingungen besondere Rechtswirkung zuerkannt ist, z. B. bei der Verlängerung der Arbeitszeit, ist die gleiche Wirkung einer ordnungsgemäß zustande gekommenen Betriebsvereinbarung zuzuerkennen, wenn ein Tarifvertrag nicht zu erreichen ist."

Weiter Seite 42: „Die Arbeitgeber sind bereit, einem Arbeitszeitgesetz zuzustimmen, das die Regelung der Arbeitszeit zunächst dem freien Tarifvertrag, wenn solcher nicht zu erreichen ist, der Betriebsvereinbarung, und wenn beides nicht vorliegt, staatlichen Ausnahmegenehmigungen, die von Fall zu Fall erteilt werden, überläßt."

Die Broschüre „Die Lohnpolitik" enthält folgende Stellungnahme:

Seite 32/33: „Zu einer Zeit, wo Tarifverträge, und namentlich zentrale Tarifverträge, noch nicht in solchem Umfang bestanden wie heute, war es dem Arbeitgeber viel eher möglich, einer guten Konjunktur im Betriebe, Berufe oder Fach auch durch Lohnzulagen Ausdruck zu geben (!). Heute ist durch den Tarifvertrag, und namentlich durch zentrale Lohnabschlüsse, eine bequeme

Möglichkeit der Verallgemeinerung gegeben, wie sie ohnehin das Wesen tarifvertraglicher und gewerkschaftlicher Lohnpolitik ausmacht."

Die Broschüre „Die Arbeitszeitfrage" sagt hierzu Seite 42:

„Die deutsche Arbeiterschaft verlangt deshalb auch heute noch die gleichberechtigte Zulassung der Betriebsvereinbarung für die Arbeitszeitregelung neben dem Tarifvertrag, die Straffreiheit für alle freiwillig geleistete Ueberarbeit und schließlich die Erhöhung der Zahl der dem Arbeitgeber freigegebenen Mehrarbeitsstunden".

Wenn die Unternehmer auch den Tarifvertrag erwähnen, den sie ebenfalls wollen, so soll damit doch nur verschleiert werden, daß es ihnen darauf sehr wenig ankommt, und daß sie ihr Bestes tun werden, das Zustandekommen eines solchen zu verhindern. Denn bleibt die Möglichkeit der Betriebsvereinbarung, für welche die Arbeitgeber schwärmen. Es ist immer eine Warnung zur Vorsicht, wenn der Gegner für etwas eine Vorliebe hat, denn dann muß diese Sache für den anderen Teil einen Haken haben. Es ist auch gar nicht schwer zu erraten, woher diese Liebe kommt. Bei der Betriebsvereinbarung haben es die Unternehmer mit den Betriebsräten oder der Belegschaft des einzelnen Betriebes zu tun. Mit diesen wird man leicht fertig werden. Denn die auf sich selbst gestellten Betriebsräte oder Belegschaften stellen keine Macht dar. Der Schlichtungsausschuß hilft in diesen Fälle auch nicht. Der Inhalt der Betriebsvereinbarung ist das Diktat des Arbeitgebers und der hinter ihm stehenden Industriellenvereinigung. Es ist ganz angenehm, an Stelle „Diktat" lieber „Betriebsvereinbarung" zu sagen, das klingt moderner, und man kann hoffen, damit Arbeitnehmer für eine gewisse Zeit zu ködern. Allerdings nicht für lange Zeit. Denn bei dieser Lende kame sehr schnell nach und die Arbeitnehmer wurden bald erkennen, daß sie geleimt worden sind. In der Zwischenzeit könnte aber der größte Schaden erst dadurch entstehen, daß vielleicht die Arbeitnehmer geglaubt haben, es selbst machen zu können, und daß dadurch die Gewerkschaft vernachlässigt worden ist. Ist dann der Reinfall mit der Betriebsvereinbarung da und keine starke Gewerkschaft vorhanden, dann sind die Arbeitnehmer erst recht die Gepreßten, und es dauert geraume Zeit, bis das Uebel wieder abgestellt ist. Damit sind dann die Unternehmer für eine gewisse Zeitspanne doch zu ihrem erstrebten Ziele gelangt.

Das Mißbehagen der Arbeitgeber gegen den Tarifvertrag ergibt sich daraus, daß man den Einfluß starker Gewerkschaften auf die Gestaltung auskömmlicher Arbeitsbedingungen fürchtet, und die Vorliebe für die Betriebsvereinbarung kommt aus der Abwehr gegen starke Gewerkschaften. Teile und herrsche! ist der Wahlspruch der Unternehmer. Nun müssen nur noch die Arbeiter gefunden werden, welche darauf hineinfallen.

Diese Gefahr wird an den Arbeitern vorübergehen, wenn sie noch mehr als bisher oder gerade jetzt erst recht den Wert starker Gewerkschaften erkennen. Es wäre ein guter Erfolg der Unternehmerbroschüren gegen die Gewerkschaften, wenn das Resultat der Unternehmerbroschüre bei vollkommene Zusammenschluß der Arbeitnehmer wäre.

Wir haben vor der Betriebsvereinbarung aus dem angegebenen Gründen immer gewarnt. Wir haben immer den Betriebsräten gesagt, daß sie sich nicht von falschem Machtdunkel verleiten lassen sollen, von Rechten Gebrauch zu machen, welche sich als Scheinrechte herausgestellt haben.

Es darf nur dann eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen werden, wenn die Gewerkschaft dies aus ganz bestimmten Gründen befürwortet. Die Regelung der Arbeitsbedingungen ist Aufgabe der Gewerkschaften, weil nur diese der Ausfluß der Macht der Arbeitnehmer sind.

An dieser Stelle ist von uns oftmals auf diese Tatsachen hingewiesen worden, und es ist für uns keine neue Erkenntnis, daß auch die jetzt erschienenen Kampfbroschüren der Unternehmer die Richtigkeit unserer Ansicht unterstreichen.

Die deutschen Arbeitnehmer müssen ihre Ehre darein setzen, und außerdem hatzt ihre Existenz davon ab, den Arbeitgebern zu beweisen, daß zu den Dummen, die nicht alle werden und an die die Unternehmerbroschüren gerichtet sind, die klassenbewußten Arbeitnehmer nicht gehören.

Der Kampfansage der Unternehmer gegen die Gewerkschaften werden die Arbeitnehmer mit der Parole entgegentreten: Hinein in die Gewerkschaften!

Wir haben keinen Grund, zu verzagen, die Broschüren der Unternehmer beweisen nur, daß der Kapitalismus seine letzte Zuflucht zur Lüge und Verleumdung nehmen muß. Unser Kampf ist schwer und langwierig. Aber wir kämpfen für die Menschenrechte und für den Fortschritt. Die Wahrheit ist auf unserer Seite.

Nur einig müssen wir sein, Ausdauer müssen wir haben, freudig müssen wir die Arbeit in unseren Gewerkschaften aufnehmen.

Die Ueberwindung des Kapitalismus und endlich der Sieg des Sozialismus wird unser Ziel sein. Trotz Not der Zeit, trotz Unternehmerbroschüren, trotz alledem. npl.

Der deutsche Außenhandel.

Der Außenhandel ist die wesentlichste Stütze jeder modernen nationalen Wirtschaft, denn kein Kulturvolk kann unter den gegebenen Verhältnissen sich mehr selbst genügen. Im kapitalistischen Zeitalter spielt die nationale Handelsbilanz oder richtiger die nationale Zahlungsbilanz mit die wichtigste Rolle in der Währungsfrage. Das liegt ganz offen zutage für Deutschland, das ohne ausländische Valuten zu einer Stabilisierung seiner Währung nicht gelangen kann.

Als Industrieland ist Deutschland auf die Einfuhr von Rohprodukten der verschiedensten Art angewiesen. Die Verminderung der Handelsflotte und anderer Verkehrsmittel, die Zerstörung der Auslandsbeziehungen, die Liquidierung der deutschen Unternehmungen im Ausland, die Streichung der Auslandsanteilhaben und anderes mehr haben dem deutschen Außenhandel schwere Wunden zugefügt und die Scheinblüte des Mehrerexports in den letzten Jahren durch die niedere deutsche Valuta konnte keine großen Zukunftshoffnungen hervorrufen.

Die Gestaltung des deutschen Außenhandels im Jahre 1923 läßt sich statistisch nur schwer nachweisen. Die Besetzung des Ruhrgebietes hat den statistischen Erfassungsdienst dort lahmgelegt. Eine Erfassung insbesondere des Handels, der seinen Weg nach Frankreich und Belgien gefunden hat, war nicht möglich.

Für eine Bilanz der Einfuhr und Ausfuhr lassen sich dabei die über den Außenhandel vorliegenden Zahlen nicht ohne weiteres verwerten. Es läßt sich nicht feststellen, ob die Handelsbilanz 1923 aktiv oder passiv geworden ist. In den ersten neun Monaten des Jahres war sicher eine große Passivität vorhanden. In den letzten drei Monaten übervog die „statistisch erfaßte" Ausfuhr die Einfuhr sehr stark, so daß die anfänglich große Passivität wesentlich verringert wurde.

Der Wert der Einfuhr und Ausfuhr war nach „Wirtschaft und Statistik" 4. Jahrgang Nr. 3 folgender:

		Einfuhr 1923 Jan. Dez. in 1000 G.-M.	Ausfuhr 1923 Jan. Dez. in 1000 G.-M.
I.	Lebende Tiere	22,542	3,122
II.	Lebensmittel und Getränke	1,208,725	131,367
III. a)	Rohstoffe	3,106,878	367,499
	b) Halbfertige Waren	805,016	362,670
IV.	Fertige Waren	920,391	5,199,731
V.	Gold und Silber nicht bearbeitet, Gold- und Silbermünzen	11,839	14,765
	Zusammen 1923:	6,061,391	6,079,154
	dto. 1913:	11,296,100	10,198,600

Ein Vergleich der Jahre 1913 und 1923 zeigt, daß die Ausfuhr auf etwa 60 Prozent und die Einfuhr auf etwa 54 Prozent zurückgegangen sind. Der Außenhandel der übrigen großen Weltstaaten weist dagegen eine erhebliche Steigerung auf. Deutschlands Außenhandel (Ein- und Ausfuhr zusammen) im Jahre 1913 verhält sich zu demjenigen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten wie 100 zu 134 zu 84. Im Jahre 1923 hat sich jedoch das Verhältnis in 57 zu 177 zu 188 geändert.

Die Gestaltung des Außenhandels im ersten Teil des Jahres 1924 ist belorganisierregend. Die Ueberschußzahlen aus der Ausfuhr in den letzten drei Monaten des Jahres 1923 sind mit der Umstellung der Mark verschwunden und es ist eine große Passivität eingetreten, die von Monat zu Monat zunimmt.

Nur im Monat Juli zeigte sich wieder ein geringer Ausfuhrüberschuß, weil die Einfuhr um 200 Millionen Goldmark zurückgegangen war. Solange einer passiven Handelsbilanz ein Aktivum in der Zahlungsbilanz gegenübersteht, wie es vor dem Krieg der Fall war, konnte eine passive Handelsbilanz getragen werden. Heute ist dies anders. Der passiven Handelsbilanz kann kein wesentliches Plus der Zahlungsbilanz gegenübergestellt werden; aus den Kapitalanlagen im Ausland sind keine wesentlichen Zinseinnahme zu erwarten, umgekehrt wandert durch die sich mehrenden Auslandsdotiehen ein immer größer werdender Teil der deutschen Arbeit als Zins ins Ausland.

Die Lösung des Problems ist schwierig. Das Loch im Westen, durch das wir viele, oft sehr viele unnötige Einfuhren erhalten, ist immer noch nicht verstopft und die Meistbegünstigungsklausel, die Deutschland im Versailler Vertrag auferlegt wurde, bindet uns gleichfalls stark in der Bewegungsfreiheit. Deutschland ist außerdem auf ausländische Lebensmittel zur Ernährung seiner Bevölkerung angewiesen.

Die Möglichkeiten der Verbesserung der Handelsbilanz durch die Einschränkung der Einfuhr sind also geheemmt; und es muß danach getrachtet werden, die Ausfuhr zu heben, um die Passivität der Handelsbilanz zu beseitigen. Auf diesem Gebiet kann bei entsprechender Wirtschaftspolitik noch vieles geschehen.

Hinein in die Gewerkschaften!

... Wir sehen, man mag die Dinge ansehen wie man will, der Einwand, daß die alten Gewerkschaften ausgespielt hätten und daß die Unorganisierten heute die Hauptrolle spielen, ist grundfalsch. Die Unorganisierten mögen ein noch so großer Haufen sein, sie werden sicher niemals die passiv aufsichtsgebende Rolle spielen. Wollen wir aber die Dinge beeinflussen, dann können wir das nicht durch rein negative Kritik außerhalb der alten Gewerkschaften oder in kleinen Sonderverbänden, sondern nur durch tätige, aktive Mitarbeit und Massenmobilisation innerhalb der alten Gewerkschaften.

„Die kommunistische Rote Fahne", 5. August 1924.

Daß das Nicht Organisiertsein als der gefährlichste Hemmschuh zu betrachten ist, wurde durch die Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten hervorgehoben. Gut, daß die „Rote Fahne" nun die gleiche Einsicht besitzt. Es besagt dies aber gleichzeitig, daß manche ihrer früheren Aeußerungen besser unterblieben wären.

Für jedes Mitglied wichtig!

Zur Neuregelung der Beiträge und Unterstützungen.

Nachdem wieder die Unterstützungsleistung in Kraft ist und die Erwerbslosenunterstützung in wenigen Monaten wieder eintritt, muß jede Ortsverwaltung vom 1. Oktober ab auf gute Buchführung halten. Es wird wieder eine allgemeine straffe Ordnung im Beitragszahlen erforderlich. Jedes einzelne Mitgliedsbuch muß am 1. Oktober in ordnungsmäßigen Zustand gesetzt werden.

Es ist deshalb notwendig, daß jedes Mitglied auf regelmäßige, ordnungsmäßige Beitragszahlung hält. Wer arbeitslos ist oder unter Kurzarbeit steht, muß dennoch sein Mitgliedsbuch Woche für Woche in Ordnung bringen lassen. Bei Arbeitslosigkeit muß das betreffende Wochenfeld im Buche vom Verbandskassier abgestempelt werden und auch im Ortsregister ist ein Vermerk zu machen.

Besonders für die Mitglieder, die wegen länger andauernder Beschäftigungslosigkeit mit der Instandsetzung des Buches im Rückstand sich befinden, ist es wichtig, dies jetzt ungesäumt zu tun.

Nach der neuen Klasseneinteilung richtet sich die Höhe der Unterstützungsanspruchs!

Wir wollen die neue Beitragsklasseneinteilung, die vom 1. Oktober ab gilt, noch einmal bekanntgeben:

Als Wochenbeitrag gilt

grundsätzlich ein Stundenverdienst. Der Beitrag beträgt in

Klasse 1: 15 ₰ für alle Mitglieder unter 15 Jahren und höheren Alters, welche weniger als 25 ₰ pro Stunde verdienen.

Klasse 2: 30 ₰ für alle Mitglieder von 15—16 Jahren und höheren Alters, welche weniger als 40 ₰ pro Stunde verdienen.

Klasse 3: 45 ₰: für alle Mitglieder von 16—18 Jahren und höheren Alters, welche weniger als 55 ₰ pro Stunde verdienen.

Klasse 4: 60 ₰ für alle Mitglieder von 18—21 Jahren und höheren Alters, welche weniger als 70 ₰ pro Stunde verdienen.

Klasse 5: 75 ₰ für alle Mitglieder über 21 Jahre, soweit dieselben 70 ₰ und mehr pro Stunde verdienen. Hierzu kommen die Lokalzuschläge.

Die Einreihung nach der statutarischen Vorschrift ist so zu verstehen, daß für alle diejenigen, gleichviel welchen Alters, die einen Stundenlohn von 25 ₰, bzw. 40 ₰, bzw. 55 ₰, bzw. 70 ₰ erreichen, immer die nächsthöhere Klasse gilt.

Mitteilungen.

Köln.

In der Mitgliederversammlung vom 27. August 1924 wurde das Londoner Sachverständigen-Gutachten behandelt. Der Referent, Herr Joske, gab über dasselbe ein überaus sachlich gehaltenes Referat. Es wäre im Interesse der Kollegenschaft zu bedauern, wenn solche und ähnliche Vorträge des öfteren in den Versammlungen gehalten würden, denn dadurch würden die Mitglieder weitergebildet und besser zusammenarbeiten. Der Referent verpflichte in seinem 1½stündigem Vortrage das ganze Gutachten sehr sachlich und leicht verständlich für alle Anwesenden. Auch hob er die Vor- und Nachteile deutlich hervor. In der darauffolgenden Diskussion kam zum Ausdruck, trotz einiger Gegenreden, daß die Versammlung in seiner Mehrheit für die Annahme des Gutachtens war. Die Gegner des Gutachtens vertraten der Referent mit treffenden Worten kurz ab. Einem derselben gab er den guten Rat, sich in der Geschichte etwas besser umzusehen und nicht mit leeren Phrasen um sich zu werfen. Nach einigen Ausführungen des Vorsitzenden über Organisationsfragen ging die Versammlung über den gebotenen Vortrag befriedigt auseinander.

Erfurt.

In der Mitgliederversammlung am Montag, 22. September, in welcher über den stattgefundenen Verbandstag Bericht erstattet wurde, wurde nachstehende Resolution angenommen: Die Mitgliederversammlung stellt sich, wie der Verbandstag, in Bezug auf die Einheit der Gewerkschaftsbewegung auf den Standpunkt, daß nichts unversucht gelassen werden darf, um die Arbeiterschaft restlos im Zentralverband der Schuhmacher zu organisieren. Dazu ist jedoch notwendig, daß auch jeder Gesittetsichtung die volle Meinungsfreiheit gewährleistet wird. Die Versammlung ist wohl der Auffassung, daß die Beschlüsse und Beschlüsse des Verbandstages anerkannt werden, sie protestiert aber mit aller Entschiedenheit dagegen, daß Beschlüsse gefaßt worden sind, die mit dem Recht des freien Meinungsäußerungsrechtes nichts mehr zu tun haben. Die vom Verbandstag angenommenen Entschließungen betreffend parteipolitische Unabhängigkeit und disziplinierteres Verhalten bedeuten eine Vergewaltigung großer Teile der Mitgliedschaft in ihrer Meinungsfreiheit und die verfluchte Verhandlung einer einzelnen Bezirksleiters Antrag in Bezug auf Taktik und Inhalt des Verbandes. Die bedeutet ganz besonders für die Funktionäre einen noch nie dagewesenen Maulkorb, der nicht berechtigt ist und nicht im Sinne eines gesunden Fortschritts zur unsere Organisation steht. Die Versammlung gelobt sich jedoch, trotz andem alles daranzusetzen, um im Interesse des Zentralgedankens der Arbeiterschaft aus unserem Verband ein Instrument des Klassenkampfes zu formen.

(Diese Resolution formuliert unser unerhörter Willkürakt der Verbandstagsbeschlüsse lebendig in taktischen Schlüssen. Die oberste Verbandsleitung hat die Beschlüsse nicht restlicher Abstimmung mit ganz starker Mehrheit gefaßt, sondern aus dem Gebahren heraus, den Vorschlägen des Verbandes zu urteilen. Freie Meinungsäußerung und taktische Kritik bleiben, wie ausdrücklich betont wurde, nach wie vor Grundsatz. Die Beschlüsse lesen aber ganz anders, daß der Verband ihm, die Erfahrung aufzeigen wird, daß gewerkschaftsfeindliche Parolen einer Partei in die Organisationsinteressen werden. An dieser Ansicht ist nichts zu ändern auf den Funktionären ein besonderes Blutschaufel. — T. N.)

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 28. Sept. bis 4. Oktbr. 1924 ist der **40.** Beitrag fällig.

Alle Zeitungsempfänger

die bisher ihre Zeitungen selbst bei der Post abholten, brauchen dies ab 1. Oktober nicht mehr tun. Sämtliche Zeitungssendungen werden von diesem Zeitpunkt ab per Post zugestellt.

Die Expedition.

Warnung.

Das angebliche Mitglied Ludwig Lucks aus Amstadt i. Th. hat sich von dem Ortskassierer in Glauchau i. Sa. — ohne sich durch Mitgliedsbuch legitimieren zu können — eine Unterstützung geben lassen und ist kaum entlassen bei der Arbeit angenommen hatte, verschwunden. Er gelobte eine Besoldeinung vor, daß er kein Mitgliedsbuch besitzen habe und ab an, daß der Verband ihm ein Ersatzbuch ausstellen wolle. Diese Angaben beruhen natürlich auf Zuschwindel. Wir warnen die Ortsverwaltungen dringend. Nebe ohne Arbeitslosenunterstützung auszuzahlen und machen darauf aufmerksam, daß Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung erst wieder vom 1. Januar 1925 ab gewährt werden kann.

Genehmigung von wöchentlichen Extrabeiträgen.

Auf Grund des § 6, Ziffer 1, des Statuts wird den nachstehenden Kollegen die Erhebung von Extrabeiträgen in der angegebenen Höhe genehmigt (alles pro Beitragsmarke):

Forst i. d. L., ab 28. September (40. Beitragswoche): in allen Beitragsklassen 15 ₰, außerdem ein einmaliger Extrabeitrag von 50 ₰ pro Mitglied. Glauchau, ab 29. September (40. Beitragswoche), in allen Beitragsklassen 5 ₰. Mannheim, ab 14. September (38. Beitragswoche): in der 1. und 2. Beitragsklasse 10 ₰ und in den übrigen Beitragsklassen 15 ₰. München, ab 28. September (40. Beitragswoche): in der 1. Beitragsklasse 5 ₰, in der 2. und 3. Beitragsklasse 10 ₰ und in der 4. und 5. Beitragsklasse 15 ₰. Schwäbisch Gmünd, ab 29. September (40. Beitragswoche): in allen Beitragsklassen 15 ₰. Wormeldingen, ab 29. September (40. Beitragswoche): in der 1. Beitragsklasse 5 ₰, in der 2. und 3. Beitragsklasse 10 ₰ und in der 4. und 5. Beitragsklasse 15 ₰. Weikersheim: in allen Beitragsklassen 10 ₰, außerdem für den Bau eines Gewerkschaftshauses 10 ₰, alle zusammen 20 ₰ pro Mitglied.

Die Mitglieder, denen die Zahlung nicht machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Extrabeiträge die Folgen des § 8 Abs. 4 des Statuts nach sich zieht.

Nürnberg, den 27. September 1924. Der Vorstand

Literatur.

Vom Gewerkschafts-Archiv, herausgegeben von Karl Alwins Verlag Gewerkschafts-Archiv Jena, ist Heft 5 erschienen. Die Nummer enthält einen Artikel von H. Seidel über Bildungsstreit einen Artikel von C. Jenkins über Betriebsrätebildung, weitere Artikel von R. Wahl und Engelbert Graf, eine Umfrage über Sozialversicherung von R. Fetter, ferner allgemeine lesenswerten über Betriebsrätewesen, Volkswirtschaft und andere Gebiete.

Anzeigen

Maschinenzwicker
welcher die Mornus-Multiplier wirklich perfekt bedienen kann, in Dauerstellung sofort gesucht.
Fa. Wilh. Häntzschel
Filz- und Schuhwaren-Fabrik
Burgau i. Sa.

Per erter Ueberholer
für Roll'sche Ueberholmaschine „Rowe" für sofort gesucht.
Lingemann & Co.
Schuhfabrik
Kassel, Mönchebergstraße 20.

Durchaus perfekter
Schäftemacher
für allerfeinstes Schuhwaggeschäft sofort gesucht.
Nur Herren mit entsprechenden Kenntnissen wollen sich melden unter W 23.

Unseren werten Kollegen Bernh. und Joh. Röther nebst ihren lieben Bräuten zu ihrer am 4. Okt. stattfindenden grünen Hochzeit viel Glück und Einigkeit und dazwischen mal'ne Kleinigkeit.
Die Zahlstelle Kronach.

Tüchtiger Lackrepartierer
von rheinischer Schuhfabrik gesucht. Off. u. B 25 a. d. Exp.

Erstklassiges
Fahlleder
liefert
A. Weiser, Stargard i. Pom.
Bahnhofstraße 17.

Bücher, Winkel, Zirkel, Messer u. Modell. Liste 8 gegen Rückporto.
H. Franke, Artern 17.

E. Vögtle, Berlin N. 54
Lothringer Straße 83
Generalvertretung der Firma Johannes Dapp Söhne, Lüttringen, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.
Sämtliche Werkzeuge für Haus- u. mechan. Arbeit.
Spez. Orig. Schwedische Messer. Marke „Lochik".
Spezialanfertigungen für Deckschuhgarbeit. — Bürstenfabrik Fabrikat Sommerfeld.

Zuschneidemesser – Futtermesser
garantiert echt engl. Stahl, sowie Schuhmachermesser, alles handgeschmiedete Ware, seit 22 Jahren Spezialität.
A. Ferdinand Bergmann
Dresden 10, Schumannstraße 43.

Ia Vacheleder-Schilder
für mehrere Paar Sohlen geeignet . à Mk. 1.50 per Pfund
Ia Vacheleder-Kernstücke
etwa sohlengroß . . . . . à Mk. 1.— per Pfund
Ia Vacheleder-Ecken
absatzgroß . . . . . à Mk. —.50 per Pfund
liefert laufend in großen Mengen.
Gütmäßige Zahlungsbedingungen
Otto Noeckel, Leder-Großhandlung
Leipzig, Richard Wagner-Straße 17.

Druck: Städtische Volksdruckerei & Buchdruckerei G. m. b. H. Nürnberg. — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. [illegible] Straße 1.